

267546-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Datenverarbeitungsgeräte (Hardware) – Standardarbeitsplatz "Desktops und Notebooks"

OJ S 76/2026 20/04/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung Lieferleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Dataport AöR

E-Mail: dataportvergabestelle@dataport.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Freie und Hansestadt Hamburg - Senatskanzlei - Amt für IT und Digitalisierung

E-Mail: dataportvergabestelle@dataport.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Freie Hansestadt Bremen - Der Senator für Finanzen

E-Mail: dataportvergabestelle@dataport.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wirtschaftliche Angelegenheiten

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Land Schleswig-Holstein - Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

E-Mail: dataportvergabestelle@dataport.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Umweltschutz

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Standardarbeitsplatz "Desktops und Notebooks"

Beschreibung: Dataport schreibt eine Rahmenvereinbarung über die Lieferung von Client-Rechner Hardware und Zubehör zur IT-Arbeitsplatzausstattung aus. Gegenstand der Leistung ist eine Lieferleistung. Die Dienstleistung „Arbeitsplatzausstattung“ wird von einem Dataport-Dienstleister, dem sog. Mehrfach-Lieferanten-Integrator (MLI) erbracht. Es ist mit dem MLI ein Operation Level Agreement (OLA) zu schließen, welcher die Lieferung und Beschaffung der Hardware über den MLI beinhaltet. Die Vertragslaufzeit beginnt mit dem Zuschlag, frühestens jedoch am 01.01.2027 und hat eine Laufzeit von 4 Jahren. Die Durchführung des Vergabeverfahrens erfolgt durch Dataport, um die eigenen und Kundenbedarfe zu decken. Der bei Rahmenvereinbarungen bereits in der EU-Bekanntmachung anzugebende Höchstwert

beträgt 150 % des bezuschlagten Auftragswerts. D.h. der Auftraggeber wird maximal bis zum Höchstwert von 150% der Gesamtangebotssumme Leistungen aus diesem Rahmenvertrag abrufen.

Kennung des Verfahrens: 6765c010-75f9-421d-b666-632abbba938c

Interne Kennung: DP31-202600037

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 30210000 Datenverarbeitungsgeräte (Hardware)

Zusätzliche Einstufung (cpv): 30213000 Personalcomputer

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Altenholz (und andere)

Postleitzahl: 24161

Land, Gliederung (NUTS): Rendsburg-Eckernförde (DEF0B)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Sachsenanhalt, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Wichtiger Hinweis zum Vergabeverfahren vor dem Hintergrund der aktuellen Speicher-Krise Die aktuelle Speicherkrise stellt sowohl öffentliche Auftraggeber als auch potentielle Bieter vor Herausforderungen. Aufgrund des volatilen Marktes und der unvorhersehbaren Marktentwicklung hat sich der öffentlichen Auftraggeber dazu entschieden, Maßnahmen zu ergreifen, um im Rahmen des hiesigen Vergabeverfahrens gemeinsam mit den Bietern bestmöglich auf die Marktsituation reagieren zu können. Über die wichtigsten Maßnahmen möchte der öffentliche Auftraggeber die Bieter im Folgenden informieren: • Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs und vor der Aufforderung zu den Erstangeboten plant der öffentliche Auftraggeber einen Austausch mit den Bewerbern, die über die erforderliche Eignung verfügen und zu einem Erstangebot aufgefordert werden sollen. Der Austausch soll alle an dem Verfahren Beteiligten die Möglichkeit bieten, die neueste Marktentwicklungen zu besprechen, um daraus frühzeitig ggf. wichtige Themen für den weiteren Verfahrensablauf abzuleiten. Für den Austausch setzt der öffentliche Auftraggeber einen ca. 1 bis 1 ½ Stunden online-Termin an. Eine Einladung zu dem Termin erfolgt nach Auswertung der Teilnahmeanträge und der Termin wird voraussichtlich in der KW 22 oder 23 stattfinden. • Ein weiterer wichtiger Grundpfeiler für einen Vertragsabschluss ist ein angemessener und fairer Preisanpassungsmechanismus. Aufgrund der ungewissen und neuen Marktsituation hat sich der öffentliche Auftraggeber dazu entschieden, über eine Preisanpassungsklausel mit den Bietern zu verhandeln. Die konkrete Ausgestaltung der Preisanpassungsklausel soll zum Gegenstand der Verhandlung gemacht werden. • Weitere Themen, die ebenfalls zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden sollen, sind in den Vergabeunterlagen gekennzeichnet. Darüber hinaus wird es den Bietern ermöglicht, weitere Verhandlungsthemen einzubringen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung
Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten
Verpflichtungen: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Standardarbeitsplatz "Desktops und Notebooks"

Beschreibung: Dataport schreibt eine Rahmenvereinbarung über die Lieferung von Client-Rechner Hardware und Zubehör zur IT-Arbeitsplatzausstattung aus. Gegenstand der Leistung ist eine Lieferleistung. Die Dienstleistung „Arbeitsplatzausstattung“ wird von einem Dataport-Dienstleister, dem sog. Mehrfach-Lieferanten-Integrator (MLI) erbracht. Es ist mit dem MLI ein Operation Level Agreement (OLA) zu schließen, welcher die Lieferung und Beschaffung der Hardware über den MLI beinhaltet. Die Vertragslaufzeit beginnt mit dem Zuschlag, frühestens jedoch am 01.01.2027 und hat eine Laufzeit von 4 Jahren. Die Durchführung des Vergabeverfahrens erfolgt durch Dataport, um die eigenen und Kundenbedarfe zu decken. Der bei Rahmenvereinbarungen bereits in der EU-Bekanntmachung anzugebende Höchstwert beträgt 150 % des bezuschlagten Auftragswerts. D.h. der Auftraggeber wird maximal bis zum Höchstwert von 150% der Gesamtangebotssumme Leistungen aus diesem Rahmenvertrag abrufen.

Interne Kennung: aa22926e-ee3b-4c93-b9f7-363ab3037b63

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 30210000 Datenverarbeitungsgeräte (Hardware)

Zusätzliche Einstufung (cpv): 30213000 Personalcomputer

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Altenholz (und andere)

Postleitzahl: 24161

Land, Gliederung (NUTS): Rendsburg-Eckernförde (DEF0B)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2027

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2030

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Gesamtumsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags:

Angaben zum Umsatz (eVergabe Kriterium 2.2.1.2) Die Abfrage der Umsatzzahlen in der

eVergabe ist entsprechend zu beantworten sowie zusätzlich im Falle einer Bewerbergemeinschaft oder des Einsatzes privilegierter Unterauftragnehmer die entsprechenden Angaben für die anderen Unternehmen. • Die Angaben werden daraufhin überprüft, ob der Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrages in den letzten drei Geschäftsjahren je Geschäftsjahr mindestens 16 Mio. Euro netto betrug. Sollte diese Angabe den geforderten Mindestwert nicht erreichen, kann eine positive Prognose, dass der Bewerber über die erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten für die Ausführung des Auftrags verfügt, nicht gestellt werden; der Teilnahmeantrag ist dann zwingend vom Verfahren auszuschließen. Bei Bewerbergemeinschaften und beim Einsatz privilegierter Unterauftragnehmer werden die Umsatzkennzahlen der Bewerbergemeinschaftsmitglieder bzw. die der privilegierten Unterauftragnehmer und des Bewerbers addiert. Der Auftraggeber und die Vergabestelle behalten sich vor, jederzeit weitere Informationen oder Nachweise von einem Bewerber zu verlangen, um seine Angaben überprüfen zu können.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Betriebshaftpflichtversicherung: Angaben zu Betriebshaftpflichtversicherung (eVergabe Kriterium 2.2.1.3.) Es wird eine Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen verlangt: • 5 Mio. Euro für Personenschäden je Schadensfall bei doppelter Jahreshöchstleistung für alle Schadensfälle und • 5 Mio. Euro für Sachschäden je Schadensfall bei doppelter Jahreshöchstleistung für alle Schadensfälle und • 2,5 Mio. Euro für Vermögensschäden und Datenschutzschäden je Schadensfall bei doppelter Jahreshöchstleistung für alle Schadensfälle. Die Versicherung ist für die gesamte Vertragsdauer aufrecht zu erhalten. Der Bewerber erklärt mit Abgabe des Teilnahmeantrags in der eVergabe (unter Pos. 2.2.1.3), diesen Nachweis fristgerecht und unaufgefordert vorzulegen. Der gültige Nachweis ist spätestens innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Zuschlag vorzulegen. Bei Bewerbergemeinschaften muss Versicherungsschutz für jedes Mitglied bestehen. Die Erklärung zur Betriebshaftpflichtversicherung ist im Falle von Bewerbergemeinschaften von dem führenden Unternehmen für die Bewerbergemeinschaft einzureichen. Sollte die Betriebshaftpflichtversicherung nicht der geforderten und zugesagten Höhe entsprechen, kann eine positive Prognose, dass der Bewerber über die erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten für die Ausführung des Auftrags verfügt, nicht gestellt werden; der Teilnahmeantrag ist dann zwingend, ggf. auch rückwirkend, vom Verfahren auszuschließen. Der Auftraggeber und die Vergabestelle behalten sich vor, jederzeit weitere Informationen oder Nachweise von einem Bewerber zu verlangen, um seine Angaben überprüfen zu können.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenzen: Auswertung der ANLAGE Referenzbeschreibung Es sind mindestens 2 vergleichbare Referenzprojekte, welche in den letzten drei Jahren (gerechnet ab der bzw. bis zur Teilnahmefrist) erfolgreich abgeschlossen wurden, anzugeben. Hierzu ist die ANLAGE Referenzbeschreibung vollständig ausgefüllt (ggf. mehrfach für Benennung mehrerer Referenzprojekte) mit dem Angebot einzureichen. Ein Referenzprojekt ist dann mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar, wenn es den sich aus der Leistungsbeschreibung (Teil B der Vergabeunterlagen) ergebenden Rahmenbedingungen (Art der Leistung, Vertragsdauer, technisches Umfeld etc.) im Wesentlichen entspricht. Die Referenzen müssen folgende Mindestanforderungen enthalten: • Kriterium 1 – Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern – Der Bieter kann nachweisen, dass er in dem vorgelegten Referenzprojekt für einen öffentlichen Auftraggeber gearbeitet hat. • Kriterium 2 – Erfahrung mit einem vergleichbar großen Auftrag – Der Bieter kann nachweisen, dass er einen Referenzauftrag der vorliegenden Größenordnung störungsfrei abwickeln kann. Lieferungen

ab einer Stückzahl von 25.000 Clients (75% der Stückzahlen/Jahr) gelten als vergleichbar. • Kriterium 3 – Lieferfähigkeit für kurzfristige Anforderungen – Der Bieter hat in einem Referenzauftrag eine Lieferfähigkeit von mindestens 500 Arbeitsplatzsystemen (Endgeräte) in höchstens 10 Tagen nachgewiesen. • Kriterium 4 – Zusammenarbeit mit anderen Dienstleistern bei der Abwicklung von Garantie und Gewährleistung – um sicherzustellen, dass der Lieferant bei der Abwicklung professionell, koordiniert und zügig mit einem weiteren Auftragnehmer zusammenarbeiten kann. Ein Referenzprojekt gilt als erfolgreich abgeschlossen, • wenn es im Zeitraum vom o.g. Stichtag [18.05.2023] bis zum Ende der Teilnahmeantragsfrist [19.05.2026] mindestens für 12 Monate lief und mittlerweile erfolgreich abgeschlossen – also nicht vorzeitig beendet – wurde. • wenn es im Zeitraum vom o.g. Stichtag [18.05.2023] bis zum Ende der Teilnahmeantragsfrist [19.05.2026] mindestens seit 12 Monaten läuft und über die Antragsfrist hin-aus noch andauert. • Projekte, die vor dem Stichtag [18.05.2023] begonnen wurden, können berücksichtigt werden, sofern eine der beiden vorstehenden Bedingungen erfüllt wird. Für die Bewertung der Referenz werden jedoch nur die Leistungen, die ab dem Stichtag [18.05.2023] tatsächlich vom Bewerber (oder seinem Unterauftragnehmer oder dem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft) erbracht wurden, berücksichtigt. Die wertungsrelevanten Angaben zu den erbrachten Leistungen sind daher auf den Betrachtungszeitraum 18.05.2023 - 19.05.2026 zu beziehen. Hinweis zum erfolgreich abgeschlossenen Referenzprojekt: Maßgeblich ist das Ende der Teilnahmefrist. Sollten sich die Fristen verschieben, gilt immer das Ende der tatsächlichen Teilnahmefrist und die oben genannten Stichtage verschieben sich entsprechend. Hinweis: Es ist nicht notwendig, dass der Bieter die o.g. Mindestanforderungen (4 Kriterien) jeweils in 2 Referenzen erfüllen. Es ist ebenfalls möglich, die o.g. Mindestanforderungen separat in unterschiedlichen Referenzen zu erbringen. Bei Bewerbergemeinschaften und beim Einsatz privilegierter Unterauftragnehmer werden die eingereichten Referenzen insgesamt betrachtet. Der Auftraggeber und die Vergabestelle behalten sich vor, jederzeit weitere Informationen oder Nachweise von einem Bewerber zu verlangen, um seine Angaben überprüfen zu können.

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Maßnahmen zur Qualitätssicherung: Angaben zur Qualitätssicherung (eVergabe Kriterium 2.2.2.3; Qualitätsmanagement/ Umweltmanagement/ IT-Sicherheit) Auswertung der Angaben zum Qualitätsmanagement (eVergabe Kriterium 2.2.2.3.2); zum Umweltmanagement (eVergabe-Kriterium 2.2.2.3.3); zur IT-Sicherheit (eVergabe-Kriterium 2.2.2.3.1) oder Auswertung der Anlagen zur Qualitätssicherung (die Einreichung der Anlagen ist nur erforderlich, sofern kein Zertifikat vorliegt, aber allgemeine und dem Standard der Zertifikate vergleichbare Qualitätsmaßnahmen für alle Geschäftsabläufe implementiert sind. Die Maßnahmen sind in der Anlage zu beschreiben und mit dem Antrag einzureichen. In den eVergabe-Kriterien Maßnahmen zur Qualitätssicherung sind die erforderlichen Angaben zu machen oder ggf. die Anlagen Qualitätsmanagement, Umweltmanagement oder IT-Sicherheit einzureichen. Die Angaben zur „Qualitätssicherung“ werden daraufhin überprüft, ob das Unternehmen über Folgendes verfügt: • IT-Sicherheit: ein gültiges Zertifikat gemäß ISO 27001:2022 (oder neuer) oder gleichwertig oder über ein vergleichbares System zum IT-Sicherheitsmanagement. • Qualitätsmanagement: ein gültiges Zertifikat gemäß DIN EN ISO 9001:2015 (oder neuer) oder gleichwertig oder über ein vergleichbares System zum Qualitätsmanagement. • Umweltmanagement: ein gültiges Zertifikat gemäß DIN EN ISO 14001:2015 (oder neuer) oder gleichwertig oder über ein vergleichbares System zum Umweltmanagement. Bei Bewerbergemeinschaften und beim Einsatz privilegierter Unterauftragnehmer ist die Angabe / die Anlage von den/dem Unternehmen einzureichen, welche/s den/die betreffenden Leistungsteil/e, für den/die das Qualitätsmanagement/ das Umweltmanagement/ die IT-Sicherheit erforderlich ist, ausführen

wird. Sollte das geforderte Zertifikat nicht vorliegen, kann eine positive Prognose, dass der Bewerber über die erforderliche technische und berufliche Leistungsfähigkeit für die Ausführung des Auftrags verfügt, nicht gestellt werden; der Teilnahmeantrag ist dann zwingend vom Verfahren auszuschließen. Der Auftraggeber und die Vergabestelle behalten sich vor, jederzeit weitere Informationen oder Nachweise von einem Bewerber zu verlangen, um seine Angaben überprüfen zu können.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Einfache Richtwertmethode gemäß UfAB 2018 (Qualität/Preis=Z). Das Angebot mit der höchsten Kennzahl Z ist das Wirtschaftlichste.

Beschreibung: Die Leistungskriterien befinden sich in dem als Anlage "Entwurf Vergabeunterlagen Angebotsphase" gekennzeichneten ZIP-Ordner.

Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch Kriterien ausgedrückt werden kann: Die Leistungskriterien befinden sich in dem als Anlage "Entwurf Vergabeunterlagen Angebotsphase" gekennzeichneten ZIP-Ordner.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 04/05/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/e7a073d8-8a3a-49d5-b1b9-44f6604b0a6b>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 04/06/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/e7a073d8-8a3a-49d5-b1b9-44f6604b0a6b>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 19/05/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: siehe Ziffer 3.1 Teil A Teilnahmeunterlage • deutsche Sprache bei der Auftragsdurchführung • Verpflichtung zur Sicherstellung, dass die zur Erfüllung des Auftrags eingesetzten Personen nicht die „Technologie von L. Ron Hubbard“ bei der Auftragsdurchführung anwenden, lehren oder in sonstiger Weise verbreiten • dem Auftragnehmer ist untersagt, personenbezogene Daten, welche der Auftraggeber für eigene Zwecke oder als Auftragsverarbeiter für Dritte verarbeitet, auf der Basis von US Privacy Shield in die USA zu übertragen. Der Auftragnehmer gewährleistet die Einhaltung dieser Bedingung auch mit Wirkung für seine Unterauftragnehmer • Erklärungen zur Vertraulichkeit bei der Auftragsdurchführung • Erklärung zur Fremdfirmenordnung von Dataport • Erklärungen zum Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG), • Erklärung zur Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 • Erklärungen zur DSGVO und Auftragsverarbeitung • Erklärung zu den Vertragsbedingungen von Electronics Watch

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Schleswig-Holstein

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Vergabestelle weist auf § 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) hin. Dieser lautet: „§ 160 GWB Einleitung, Antrag. (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.“ Darüber hinaus bittet die Vergabestelle darum im Falle von Rügen, diese über den Bieterassistenten zu senden. Vergabekammer im Sinne des § 156 GWB: Vergabekammer Schleswig-Holstein Düsternbrooker Weg 94 24105 Kiel Telefon: +49 431 988-4542 Fax: +49 431 988-4702 E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Dataport
AöR
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:
Vergabekammer Schleswig-Holstein

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Dataport AöR
Registrierungsnummer: dba341b0-c408-43df-936c-e8a53c650e2e
Postanschrift: Altenholzer Straße 10-14
Stadt: Altenholz
Postleitzahl: 24161
Land, Gliederung (NUTS): Rendsburg-Eckernförde (DEF0B)
Land: Deutschland
E-Mail: dataportvergabestelle@dataport.de
Telefon: +49 43132950
Internetadresse: <https://www.dataport.de>
Profil des Erwerbers: <https://vergabeverfahren.dataport.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Freie und Hansestadt Hamburg - Senatskanzlei - Amt für IT und Digitalisierung
Registrierungsnummer: 2cf45087-6794-42a4-97dd-d1b4a5fae357
Postanschrift: Rathausmarkt 1
Stadt: Hamburg
Postleitzahl: 20095
Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)
Land: Deutschland
E-Mail: dataportvergabestelle@dataport.de
Telefon: +49 43132950
Internetadresse: <https://www.hamburg.de/senatskanzlei/>
Profil des Erwerbers: <https://vergabeverfahren.dataport.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Freie Hansestadt Bremen - Der Senator für Finanzen
Registrierungsnummer: 0000bb8f-e88c-4f63-ac7b-4f7567774c1f
Postanschrift: Rudolf-Hilferding-Platz 1
Stadt: Bremen
Postleitzahl: 28195
Land, Gliederung (NUTS): Bremen, Kreisfreie Stadt (DE501)
Land: Deutschland
E-Mail: dataportvergabestelle@dataport.de
Telefon: +49 43132950
Internetadresse: <https://www.finanzen.bremen.de>

Profil des Erwerbers: <https://vergabeverfahren.dataport.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Land Schleswig-Holstein - Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

Registrierungsnummer: f6b79f53-c5c9-41b4-b8f2-bf39250284b2

Postanschrift: Mercatorstraße 3

Stadt: Kiel

Postleitzahl: 24105

Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)

Land: Deutschland

E-Mail: dataportvergabestelle@dataport.de

Telefon: +49 43132950

Internetadresse: <https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/V>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Schleswig-Holstein

Registrierungsnummer: 6a40e611-eea5-4a21-b775-c4ff3cfa8425

Abteilung: beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Postanschrift: Düsternbrooker Weg 94

Stadt: Kiel

Postleitzahl: 24105

Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)

Land: Deutschland

Kontaktperson: beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de

Telefon: +49 4319884542

Fax: +49 4319884702

Internetadresse: <http://www.schleswig-holstein.de/DE/Themen/V/vergabekammer.html>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0006

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: a9af48cc-c06a-47e3-a723-8947abe260a1 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 16/04/2026 19:31:23 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 267546-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 76/2026
Datum der Veröffentlichung: 20/04/2026